

Stadtplanung

Die Stadt Bonn muss ihre Planungshoheit zukünftig wieder aktiv wahrnehmen und darf sich diese Aufgabe nicht von Privatinvestoren aus der Hand nehmen lassen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Politik der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Der Erhalt von Umwelt und Natur hat für uns einen hohen Stellenwert. Die in Bonn noch vorhandenen Freiflächen sind die "grüne Lunge" der Stadt. Sie sorgen für ein erträgliches Stadtklima und sind, wie das Meißdorfer Feld und der Lausacker, für Naherholung und Naturschutz unverzichtbar. Frischluftsammelgebiete und Frischluftschneisen sind ebenso von jeglicher Bebauung freizuhalten wie Flächen zur Biotopvernetzung. Das vorliegende Integrierte Freiraumsystem (IFS) muss deshalb als die Richtschnur der städtischen Raumplanung uneingeschränkt Beachtung finden.

Wenn die Bevölkerungszahlen weiterhin ansteigen sollten, steigt auch der Bedarf an Wohnraum und weiteren Gewerbestandorten. Diese Nachfrage kann nicht in den engen Grenzen der Stadt Bonn allein erfüllt werden. Um einerseits den Bedarf an Bauflächen zu decken und andererseits gleichzeitig den Freiflächenschutz zu forcieren, ist eine intensivere Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen in der Region notwendig.

Vor der Inanspruchnahme bisher un bebauter Flächen geben wir jedoch außer der intensiveren Nutzung des bisherigen Baubestandes, zum Beispiel durch Aufstockung bestehender Gebäude, einer maßvollen Bebauung innerstädtischer Baulücken den Vorrang. Industriebrachen sind auf Schadstoffe zu untersuchen und nach deren Beseitigung einer neuen Nutzung zuzuführen. Auch das Gelände der ehemaligen Ermekeilkaserne ist mit intensiver BürgerInnenbeteiligung zu einem autofreien, modernen Wohn-, Arbeits- und Begegnungszentrum in der Bonner Südstadt zu entwickeln (siehe auch Kapitel Internationales). Alte, leerstehende Büro- und Botschaftsgebäude sind als neue Dienstleistungs- oder Wohngebäude umzugestalten. Die ökologische Sanierung von Gebäuden muss noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Hierbei muss die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

In neu aufzustellenden Bebauungsplänen sind, so weit wie rechtlich möglich, ökologische Vorgaben zu machen. In der Bauleitplanung werden künftig stets Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 lit. b BauGB getroffen. Die Verwaltung macht

hierzu bei jedem Planentwurf Vorschläge, die die Installation von Solarmodulen oder anderer Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, z. B. Geothermie, vorgeben. Die Gebäude sollen dem neuesten Stand der Umwelttechnik entsprechen. Sie sind so auszurichten, dass eine optimale Nutzung z. B. der Sonnenenergie erreicht werden kann. Das gesetzliche Gebot der Versickerung von Niederschlagswasser vor Ort ist jeweils verbindlich festzulegen. Bei neuen Baugebieten sind, so weit wie möglich, Flächen für den Ausgleich von Natur und Landschaft zu schaffen. Sollte dies im Einzelfall im eigentlichen Baugebiet nicht möglich sein, so wären dafür Ausgleichsmaßnahmen in der näheren Umgebung vom Verursacher durchzuführen oder zu finanzieren. Ein Ausgleichsflächenkataster ist einzuführen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Energieleitlinien zu erarbeiten, die als Grundregeln bei der Planung kommunaler Gebäude (Neubau) oder im Gebäudebestand (Sanierung) im Sinne der rationellen Energieverwendung zu berücksichtigen sind. Hierbei sind Aussagen zu Architektur, baulichem Wärmeschutz, Heizungstechnik, regenerativen Energien, Raumluft- und Regelungstechnik, Elektrotechnik, Wassereinsparung und Beleuchtung zu treffen. Unsere Politik zielt darauf ab, Wohnen und Arbeiten wieder stärker miteinander zu verbinden. Kurze Wege zwischen Wohnung, Arbeitsplatz, Nahversorgungs- und Freizeiteinrichtungen machen eine Nutzung von Kraftfahrzeugen überflüssig, da sie auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Bei der Erschließung neuer Wohngebiete muss die künftige Infrastruktur diesen Anforderungen entsprechen. Bestehende Defizite sind abzubauen. Damit wird auch dem Wunsch der in Folge des demografischen Wandels immer älter werdenden Bevölkerung Rechnung getragen, ihre Einkäufe nicht in großen Verbrauchermärkten am Stadtrand, sondern in ihrem Stadtteil tätigen zu können. Durch die relativ hohe Fluktuation in der Bonner Bevölkerung besteht neben der Nachfrage nach Einfamilienhäusern auch ein Bedarf an Mietwohnungen. Das Wohnen in einer Etagenwohnung ist flächenschonend und aufgrund des geringeren Energieverbrauchs besonders klimafreundlich. Zudem beugt eine gemischte Bauweise Tendenzen zur Ghettoisierung vor. Neue Baugebiete müssen daher auch Flächen für Geschosswohnungsbau ausweisen. Die von einzelnen Bauträgern propagierten reinen Reihenhaussiedlungen sind abzulehnen. Wohn- und auch Gewerbegebiete müssen gut an den Öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden.

Die in Bonn noch vorhandenen Ortsteilzentren sind zu erhalten und zu stärken. Die Nahversorgung ist zu sichern und auszubauen. Um dies zu erreichen, sind geplante Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" in nicht integrierten Standorten abzulehnen. Die monostrukturelle Entwicklung des alten Regierungsviertels Gronau/Godesberg-Nord zu einem reinen Bürostadtteil muss gestoppt werden. Die GRÜNEN wollen die Wohnnutzung in diesem Gebiet stärken, um die Lebendigkeit des Viertels zu erhöhen. Es ist zudem ökologisch sinnvoll, Wege zu Arbeitsplätzen zu verkürzen. Bei künftigen Planungen müssen verstärkt Flächen für Wohnraum und Nahversorgungseinrichtungen ausgewiesen werden.

Der Entvölkerung der Innenstadt und der Stadtbezirkszentren muss entgegen gewirkt werden. Wohnungen dürfen nicht in Praxen, Büro- und Geschäftsräume umgewandelt werden. Konzepte zur Stärkung der Wohnnutzung sind von der Verwaltung zu entwickeln. Zu einem lebendigen Zentrum gehören auch Kultur- und Sportstätten, die zu erhalten, zu fördern oder neu zu errichten sind. In der Innenstadt ist der Bereich vor dem Bahnhof im Sinne der Ergebnisse der Bürgerwerkstatt Bahnhofsbereich neu zu gestalten. Eine Gestaltungssatzung für die gesamte Innenstadt nach dem Vorbild der Sternstraße soll die Verschandelung des Stadtbildes durch den fortschreitenden Wildwuchs an Werbeflächen eindämmen.